

## AMENDMENT FORM

### Suggestion for amendment of Article : III-170

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status :    - Member            - ~~Alternate~~

---

#### Artikel III-170 (ex-Artikel 20)

(1) Zur Bekämpfung von schwerer Kriminalität mit grenzüberschreitender Dimension sowie von Straftaten zum Nachteil der Interessen der Union kann durch ein Europäisches Gesetz ~~des Rates~~ eine Europäische Staatsanwaltschaft ausgehend von Eurojust **als eigene Behörde der Union** eingesetzt werden. ~~Der Rat beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.~~

(2) Die Europäische Staatsanwaltschaft ist – gegebenenfalls in Verbindung mit Europol – zuständig für strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung sowie Anklageerhebung in Bezug auf Personen, die als Täter oder Teilnehmer schwere, mehrere Mitgliedstaaten betreffende Straftaten oder Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union begangen haben, die in ~~dem Europäischen Gesetz nach Absatz 1~~ **einem Europäischen Rahmengesetz nach Artikel III-167** festgelegt sind. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist zuständig für die Erhebung der öffentlichen Anklage vor den zuständigen Gerichten der Mitgliedstaaten wegen dieser Straftaten.

(3) Das in Absatz 1 genannte Europäische Gesetz legt die Rechtsstellung der Europäischen Staatsanwaltschaft, die Modalitäten für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die für ihre Tätigkeit geltenden Verfahrensvorschriften sowie die Regeln für die Zulässigkeit von Beweismitteln und für die gerichtliche Kontrolle der von der Europäischen Staatsanwaltschaft bei der Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommenen Prozesshandlungen fest.

***In dem Europäischen Gesetz nach Absatz 1 werden ferner die Modalitäten für die Kontrolle der Tätigkeiten von Europol durch das Europäische Parlament und den Rat, an der die nationalen Parlamente beteiligt werden, festgelegt.***

---

**Explanation (if any) :**

***Absatz 2:***

Die Europäische Staatsanwaltschaft sollte den Rechtsstatus eine Unionsbehörde erhalten und sollte nur für solche Handlungen zuständig sein, die zuvor vom Gesetzgeber für die gesamte Union als strafbar definiert worden sind.